

Thema des Monats

Hohe Bruttolöhne dominieren Arbeitskosten in Deutschland

(brb).-Folgt man den Aussagen des Präsidenten des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, so wird die Zahl der industriellen Arbeitsplätze in Deutschland trotz der guten Konjunktur weiter schrumpfen, weil das Land immer noch extrem hohe Lohnkosten für Industriearbeiter hat. In seinem jüngsten Aufsatz zum Thema „Warum Deutschland keine starken Lohnerhöhungen verträgt?“, veröffentlicht in ifo Schnelldienst 4/2007, belegt Sinn, dass Deutschland unter den großen Industrieländern noch immer bei Weitem die höchsten Stundenlohnkosten für Industriearbeiter zahlt. Nur kleinere Länder wie Dänemark, Norwegen, Belgien oder Luxemburg seien ähnlich teuer, aber deren gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität sei höher. Der Grund für die deutsche Extremposition liege bei den hohen Bruttolöhnen und nicht etwa – wie immer behauptet – bei den hervorgehobenen Lohnnebenkosten. Die anteiligen Lohnnebenkosten seien in Deutschland deutlich niedriger als im EU-Durchschnitt. Die hohen Lohnkosten in Deutschland würden auch nicht durch die angeblich überlegene Produktivität der deutschen Wirtschaft erklärt. Deutschland habe im internationalen Vergleich die höchsten Lohnkosten für Industriearbeiter in Relation zur Höhe seiner gesamtwirtschaftlichen

Arbeitsproduktivität, d.h. Bruttoinlandsprodukt je Person im erwerbsfähigen Alter.

In Zahlen ausgedrückt führt Sinn aus, dass die Lohnkosten für Industriearbeiter in Deutschland etwa acht Mal so hoch sind wie in den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern; und sie seien auch im Vergleich westlicher Länder extrem hoch. Sie hatten im Jahr 2004 etwa 3 Euro pro Stunde über den schwedischen, 6,50 Euro über den britischen und 5,50 Euro über den französischen Lohnkosten gelegen, Von den amerikanischen oder japanischen Lohnkosten ganz zu schweigen, die um 7,50 Euro bzw. 8,50 Euro übertroffen worden seien. Fast überall auf der Welt und definitiv in allen anderen Großindustrieländern seien Industriearbeiter billiger als in Deutschland. Kein Wunder, so Sinn, dass der deutsche Nettokapitalexport im Jahr 2005 bei 95 Milliarden Euro lag, während im Inland gerade einmal 50 Milliarden Euro investiert wurden.

Lohnkosten hätten einen maßgeblichen Einfluss auf die Investitionen, denn sie seien noch vor den nationalen Steuern die wichtigsten standortrelevanten Kosten der Unternehmen. Wenn Deutschland sein Lohnkostenproblem bei den Industriearbeitern nicht löse, werde es den Weg zu einem hohen Trendwachstum und neuer Prosperität nicht zurückfinden.



Rekordmauteinnahmen für die Straße

(brb).-Die FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Claudia Winterstein aus Hannover setzt sich dafür ein, dass die in diesem Jahr erwarteten Rekordmauteinnahmen sich im Bundeshaushalt 2008 in mehr Investitionen für den Bundesfernstraßenbau niederschlagen müssen. Allein im März 2007 wurden mit 290 Millionen Euro die höchsten Einnahmen seit Ein-

führung der Maut erzielt. 2007 werden voraussichtlich mehrere hundert Millionen Euro über der angesetzten Summe von 3,8 Milliarden Euro erwartet. Claudia Winterstein ist Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und dort Berichterstatterin der FDP-Bundestagsfraktion für den Verkehrshaushalt.

Überblick

- 1 **Thema des Monats:**
Hohe Bruttolöhne dominieren Arbeitskosten in Deutschland
Rekordmauteinnahmen für die Straße

- 2 **Kommentar:**

Ich denk' mich tritt ein Pferd

Investitionsstau im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums

Bauwirtschaft in Aufbruchstimmung

- 3 **Forum Nord:**

Interview

mit Stephan Weil, Oberbürgermeister Landeshauptstadt Hannover
Hannover muss sich weiter entwickeln

Hochwasserschutz

- 4 **Trends und Märkte:**

Umschwung bei den Bauinvestitionen

ifo aktuell

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen setzt Ausstellungsreihe fort

Kurz notiert

Impressum



Kommentar:

Investitionsstau im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums

(brb).-Für den verstärkten Einsatz von privatem Kapital und privatem Know-how zur Auflösung des immensen Investitions- und Bauunterhaltungsstatus der Bundeswehr hat sich die Deutsche Bauindustrie anlässlich des Deutschen Bautechnik-Tages in Mainz ausgesprochen.

Um PPP-Projekten auch im Bereich des Bundes zum Durchbruch zu verhelfen, müssten jedoch die nach wie vor äußerst langwierigen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren beschleunigt werden. PPP werde sich so lange nicht durchsetzen können, wie die Vorbereitung eines PPP-Projekts erheblich mehr Zeit in Anspruch nehme als die Umsetzung einer konventionellen Baumaßnahme.

In der Diskussion über den Bericht des Wehrbeauftragten Reinhold Robbe über die unhaltbaren Zustände in deutschen Kasernen hatte zuletzt das Bundesverteidigungsministerium eingestanden, dass für den Zeitraum des 40. Finanzplans 2007 bis 2010 ein Gesamtbedarf an Bauinvestitionen von 3,6 Milliarden Euro bestehe, von dem jedoch in der laufenden Haushaltsplanung nur 2,7 Milliarden Euro finanziert werden könnten. Noch dramatischer ist der „Bauunterhaltungsstau“: Einen Gesamtbedarf von 1.130 Millionen Euro stehen 2007 lediglich Haushaltsmittel von 425,5 Millionen Euro gegenüber. Daran wird sich nach Auffassung des Bundesverteidigungsministeriums auch in den nächsten Jahren nur wenig ändern, da in der Finanzplanung der Jahre 2008 bis 2010 insgesamt lediglich 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das Bundesministerium spricht selbst von einer „Bugwelle“ an Unterhaltungsmaßnahmen, die ungedeckt bleibt.

Ich denk´ mich tritt ein Pferd

(brb).-Die niedersächsische Landesregierung hat eine Innovationskampagne gestartet. Viele machen mit, die kommunalen Spitzenverbände ebenso wie der DGB, die Industrie- und Handelskammern und die Unternehmerverbände. „Nein, wir klappen die Bürgersteige nach 20 Uhr nicht hoch“, wenigstens nicht überall: Den Bayern und den Rheinland-Pfälzern, den Sachsen, Schleswig-Holsteinern und Baden-Württembergern, die anscheinend ein falsches, ein überholtes Niedersachsen-Bild haben, soll das endlich klargemacht werden. Das ist auch gut so.

Besser allerdings wäre es, wenn das Land die Innovationskampagne mit einer handfesten Investitionskampagne verbinden würde. Denn es reicht sicherlich nicht aus, den Leuten jenseits der Landesgrenze die nette Sache mit den Bürgersteigen zu erzählen und in Zeitungsinserten mit ein paar anderen spaßigen Gags aufzuwarten. Wenn die Landesregierung eine tatsächlich wirksame Imagepflege betreiben will, dann wird sie nicht umhin kommen, mehr Geld in die Infrastruktur zu investieren, um, nur ein einziges Beispiel, die durch jahrelanges Nichtstun zu Rüttelstrecken verkommenen Landesstraßen von Grund auf zu erneuern. Es ist unendlich viel zu tun, aber es wird einfach nicht angepackt.

Am besten, die Landesregierung macht umgehend Nägel mit Köpfen und entschließt sich, vordringliche und nicht länger aufschiebbare Projekte im Wege der Public-Private Partnership rasch zu verwirklichen. PPP-Modelle haben sich längst bewährt, aber sie viel zu selten genutzt, weil die staatlichen Auftraggeber sich nicht wirklich vom kameeralistischen Denken trennen können oder wollen. Müsste es nicht geradezu unverzichtbar zu einer Innovationskampagne gehören, fortan jedes wichtige Investitionsvorhaben zu allererst auf seine PPP-Tauglichkeit zu prüfen, um es privat finanzieren zu lassen?

Gut, besser, am besten: Das Pferdeland Niedersachsen könnte, um es in Anlehnung an die Sprache der für die Landesregierung tätigen Werbemenschen zu formulieren, bundesweit zum Vorreiter in Sachen Public-Private Partnership werden. Der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Wirtschaftsminister sollten mal darüber sprechen.

Bauwirtschaft in Aufbruchstimmung

(brb).-Alles spricht nach Mitteilung der Deutschen Bauindustrie dafür, dass der Bauaufschwung des Jahres 2006 nicht nur ein vorübergehendes Zwischenhoch sein wird. Die deutsche Bauwirtschaft hat nach zehn Jahren der Baukrise erstmals wieder die Chance, zumindest auf einen moderaten Wachstumspfad einzuschwenken.

87 Prozent der Bauunternehmen gingen nach einer Sonderauswertung der DIHK-Frühjahrsbefragung von einer guten oder befriedigenden Geschäftslage aus. Jedes fünfte Unternehmen rechne sogar mit einer Verbesserung der Geschäftslage; 61 Prozent gingen zumindest davon aus, dass das gute bzw. befriedigende Geschäftsniveau gehalten werden kann.

Impulse werden vor allem aus den Sektoren Logistik, Energie und Verkehr erwartet. Der Energiesektor stehe vor einer Welle von Erneuerungs- und Ausbauinvestitionen: Bis zum Jahr 2020 wolle die Energiewirtschaft 40 Milliarden Euro in den Ausbau und den Erhalt der Netze, weitere 40 Milliarden Euro in die Ausweitung der Kraftwerkskapazitäten bzw. in den Ersatz von Altanlagen investieren. Für die Unternehmen der deutschen Bauindustrie sei dies bei einem Bauanteil von 40 Prozent eine interessante Perspektive. Ebenso dringlich sei die Auflösung des öffentlichen Investitionsstatus: 15 Prozent der Brücken im Bundesfernstraßennetz befänden sich in einem nicht mehr zufriedenstellenden oder bereits kritischen Zustand.



Forum Nord



(brb).-Im Gespräch mit Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover

Hannover muss sich weiter entwickeln

Baurundblick: Hannover ist nicht zuletzt durch die Standortinvestitionen im Zusammenhang mit der Weltausstellung 2000 auf einem guten Weg. Dennoch werden in den kommenden Jahren verstärkte Anstrengungen nötig sein, um den neuen Herausforderungen der Globalisierung begegnen zu können. Welche Strategien haben Sie um die Zentralität der Niedersächsischen Landeshauptstadt weiter auszubauen?



Stephan Weil: Bei aller Freude über die allgemeine aktuelle positive wirtschaftliche Entwicklung muss sich Hannover selbstverständlich

weiter entwickeln. Die Globalisierung mit einem einheitlichen, weltweiten Markt für Produkte, Kapital und Arbeit zwingt jeden auf allen Handlungsfeldern mit neuen Aktivitäten nach neuen Wegen Ausschau zu halten.

Dafür möchte ich drei Beispiele nennen:

- Die Innenstadt unterliegt nach wie vor einem erheblichen Wandel. Insbesondere rund um den Bahnhof sind diverse Baumaßnahmen mit dem Großprojekt ECE/Ernst-August-Galerie und der Umgestaltung des Raschplatzes an der Spitze geplant. Aber auch im Bereich Georgstraße/Rathenauplatz und mit dem Überdachungsprojekt Große Packhofstraße wird es attraktive Veränderungen geben, von denen die Einkaufsstadt Hannover profitiert.
- Gestärkt wird der Wirtschaftsstandort auch durch zahlreiche, auch überregionale Aktivitäten der Hannover Marketing Gesellschaft und der Hannover-Tourismus-Gesellschaft. Beide Organisationen arbeiten erfolgreich.
- Ein weiterer wichtiger Zukunftsbau-stein für Hannover ist die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft hannoverim-

puls, durch deren Initiative inzwischen annähernd 6.000 neue Arbeitsplätze entstanden sind und wichtige regionale Netzwerke geknüpft werden konnten. Insbesondere bei der Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft sind noch längst nicht alle Möglichkeiten am Standort ausgeschöpft. Dies ist jedoch erforderlich, um gut ausgebildete Nachwuchskräfte am Standort zu halten. Qualifiziertes Personal ist das A und O zur Zukunftssicherung eines jeden Unternehmens – und damit auch ein bedeutender Standortfaktor für die Stadt.

Baurundblick: Die Landeshauptstadt Hannover plant, einige Schulgebäude an ihre Tochtergesellschaften GBH bzw. Union Boden zu veräußern und nach durchgeführter Sanierung anschließend zurück zu mieten.

Wie wird die Stadt sicherstellen, dass die beiden Gesellschaften sich bei der Vergabe der Sanierungsleistungen an die Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB/A) halten werden?

Stephan Weil: Die Landeshauptstadt Hannover wird mit den städtischen Tochtergesellschaften Union Boden und GBH Verträge zum Kauf und zur Sanierung der Liegenschaften abschließen, die verkauft werden sollen. Nach einem vorliegenden Rechtsgutachten sind die Gesellschaften im Rahmen dieses Geschäfts als öffentliche Auftraggeber anzusehen. In den Verträgen soll daher u.a. festgelegt werden, dass die darin enthaltenen Bauverpflichtungen von den Gesellschaften auf der Grundlage des geltenden Vergaberechts auszuschreiben und zu vergeben sein werden.

Baurundblick: Die Landeshauptstadt Hannover erfasst zurzeit ihr Vermögen, um auf die Umstellung ihres kommunalen Rechnungswesens auf die Doppik bis spätestens im Jahre 2012 vorbereitet zu sein. Nach Zeitungsberichten soll das Vermögen der Stadtentwässerung mit einer Milliarde Euro ermittelt worden sein. Welche Konsequenzen wird der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover aus der Vermögensaufstellung über die hannoverschen Straßen, Wege und Plätze sowie ihren Erhaltungszustand ziehen?

Stephan Weil: Wie sich bei anderen Städten gezeigt hat, liegt der größte Teil des

kommunalen Vermögens im Infrastrukturbereich, also im Straßenvermögen.

Neben der Erfassung und Bewertung der Straßen, Wege und Plätze für die städtische Eröffnungsbilanz, in die natürlich auch der Erhaltungszustand einfließt, wird auch eine detaillierte Straßendatenbank aufgebaut. Sie ermöglicht einen präzisen Überblick über den jeweiligen Erhaltungszustand und Unterhaltungsbedarf. Damit kann eine gute Dokumentation und Prioritätensetzung bei der Instandhaltungsplanung erfolgen.

Ob die erforderlichen Mittel dann auch tatsächlich vorhanden sind, hängt allerdings von der jeweiligen Haushaltslage ab.

Baurundblick: Wann können die Bürger und Besucher Hannovers damit rechnen, dass die Ausgaben, die für die Straßenaufrechterhaltung erforderlich sind, sich dem aus der Betriebsrechnung ergebenden Bedarf anpassen werden?

Stephan Weil: Es gehört zur langjährigen Praxis der Stadt, ihr Vermögen in einem guten Zustand zu erhalten und Mängel abzustellen. Für die Straßen wurden in den vergangenen Jahren rund 20 bis 25 Millionen Euro pro Jahr für Unterhaltung und Sanierung ausgegeben. Die Stadt wird die bedarfsgerechte Straßenaufrechterhaltung auch in Zukunft fortsetzen. Die ermittelten Werte werden als Handlungsgrundlage herangezogen, müssen aber mit dem verfügbaren Finanzrahmen in Einklang gebracht werden.

Hochwasserschutz

(brb).- Für den Bau von Hochwasserschutzdeichen und -anlagen insbesondere am niedersächsischen Elbeabschnitt zwischen Schnackenburg und Geesthacht einschließlich der Nebengewässer stellt das Land in diesem Jahr insgesamt mehr als 26 Millionen Euro zur Verfügung. Die EU ist daran mit 3,6 Millionen Euro beteiligt. Wie es heißt, wurden seit dem Elbehochwasser von 2002 in den Hochwasserschutz an dem Fluss 73,4 Millionen Euro investiert. Unter anderem wurden im Amt Neuhaus bis 2006 rund 37 Kilometer Deiche erneuert. Der Schwerpunkt der Hochwasserschutzmaßnahmen liegt weiterhin in Hitzacker im Landkreis Lüchow-Dannenberg.



Trends und Märkte

Umschwung bei den Bauinvestitionen

(brb).-Die Deutsche Bundesbank kommt in dem gerade veröffentlichten Geschäftsbericht 2006 zu der Aussage, dass zur Beschleunigung bei den Sachinvestitionen innerhalb des Sozialprodukts der Umschwung bei den Bauaktivitäten beigetragen habe, die erstmals seit 1999 ausgeweitet wurden und zwar um 4,25 Prozent, nachdem sie 2005 noch um 3,5 Prozent geschrumpft waren. Einiges deutet, so die Bundesbank, darauf hin, dass der jahrelange Abwärtstrend der Bauinvestitionen nunmehr ausgelaufen ist. Die zunehmende Bedeutung der Erweiterungsinvestitionen bei den Ausrüstungen habe dazu geführt, dass der Gewerbebau 2006 deutlich besser abgeschnitten habe. Der Wohnungsbau sei erstmals seit 1999 gewachsen. Mehrere Faktoren seien hierfür ausschlaggebend gewesen. Zum Einen habe es Engpässe in einigen deutschen Ballungszentren gegeben. Hinzu sei das vergleichsweise niedrige Zinsniveau gekommen. Darüber hinaus habe der Wohnungsbau Impulse vom CO2-Wohnraummodernisierungsprogramm erhalten. Profitiert habe die Bauwirtschaft 2006 auch von der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Die Abschaffung der Eigenheimzulage zu Beginn des Jahres 2006 habe ebenfalls den Wohnungsbau beeinflusst. So seien Ende 2005 die Baugenehmigungen stark angestiegen, was dann im Laufe des Jahres 2006 in Aufträge und Produktion umgesetzt worden sei. Auch zur Vermeidung der in 2007 höheren Mehrwertsteuer seien mehr Bauleistungen stark in Anspruch genommen worden. Diese vorgezogenen Wohnungsbauaktivitäten dürften im Jahr 2007 ebenfalls „fehlen“.

ifo aktuell

März 2007: alte Bundesländer

- Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und die Erwartungen für die nächsten 6 Monate sind günstiger als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr.
- Der Anteil der Firmen mit nichtkostendeckenden Preisen lag im März 07 bei 36 Prozent (März 06: 48 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände stieg im März 07 auf 2,4 Monate nach 2,3 Monate im Februar 07 (März 06: 2,6).
- 13 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten Arbeitsplätze abzubauen, im Vorjahresmonat waren es 20 Prozent (Februar 07: 16 Prozent).

März 2007: neue Bundesländer

- Die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen für die nächsten 6 Monate haben sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert.
- Nichtkostendeckende Preise haben im März 07 39 Prozent der Firmen gemeldet (März 06: 51 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände betrug im März 07 1,8 Monate (Februar 07: 1,7/März 06: 2,1).
- 14 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten einen Stellenabbau (Februar 07: 20 Prozent; März 06: 10 Prozent).

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen setzt Ausstellungsreihe fort

(brb).-Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen setzt seine Ausstellungsreihe mit Werken der Künstlerin Barbara Schönau fort.

Sie wurde 1952 in Köln geboren und lebt als freischaffende Künstlerin in Frankfurt. Barbara Schönau schafft stille Bilder, die ihre Ruhe im Raum suchen, im klaren und empfindsamen Gebrauch der künstlerischen Mittel.

Die Ausstellung im Haus der Bauindustrie, Eichstraße 19, 30161 Hannover, ist der Öffentlichkeit zugänglich. Sie läuft bis Ende Juni 2007.

Kurz notiert

(brb).-Im März 2007 sank die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen in den alten Bundesländern im Vergleich zum Vorjahresmonat um 41,7 Prozent auf 82.868 .

Die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen in den neuen Bundesländern betrug im März 2007 94.937. Sie lag damit um 34,6 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

(brb).-Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe betrug in den alten Bundesländern im Januar 2007 2.357 Millionen Euro und lag damit real um 15,1 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

In den neuen Bundesländern erreichte der Auftragseingang im Januar 2007 624 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Zugang von real 13,9 Prozent.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH Escherstraße 22, 30159 Hannover Telefon (05 11) 70 08 60 Telefax (05 11) 7 00 86 86 ISDN (05 11) 7 00 86 71	Sparkasse Hannover Konto 547 646, BLZ 250 501 80 Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Norddeutsche Landesbank Girozentrale Konto 101020 964, BLZ 250 500 00	Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.